

# Stegner: Keine Denkverbote

Signal an die Landeshauptstadt – Bei der Kreisreform sind auch Eingemeindungen nicht tabu

**Kiel – Nach dem Koalitionsausschuss, in dem der Fahrplan für eine Gebietsreform festgelegt wurde, ist die Diskussion um Großkreise voll entbrannt. Zugleich hat die „letzte Etappe“ auf dem Weg zu einer Verwaltungsstrukturreform von Ämtern und Gemeinden begonnen.**

Von Uta Wilke

Er sei „hochgradig zufrieden“ mit dem Ergebnis der Sitzung des Koalitionsausschusses vom vergangenen Sonntag, erklärte Innenminister Ralf Stegner. Für ihn seien die kommunalen Verwaltungsregionen immer nur die zweitbeste Lösung gewesen, weil Großkreise in den Koalitions-

verhandlungen mit der CDU vor eineinhalb Jahren nicht machbar gewesen seien. Es gebe aber nach wie vor eigenartige Interpretationen des Wortes „Freiwilligkeit“. Das dürfe nicht Stillstand heißen. Freiwilligkeit könne nur bedeuten, dass – zeitlich begrenzt – eigene Vorschläge aus den Kreisen und kreisfreien Städten für die Gebietsreform gemacht werden. Wie berichtet, soll das bis zum Sommer nächsten Jahres möglich sein. Vor der Osterpause 2009 verabschiedet der Landtag nach den Planungen das Gesetz, mit dem die im Jahr darauf entstehenden Großkreise festgeschrieben werden. Stegner wollte sich zu einem möglichen Zuschnitt noch nicht äußern, machte aber klar, dass er deutlich weniger

Einheiten als bisher für notwendig hält. Ergebnis der Diskussion könne nicht sein, dass es künftig acht Kreise plus zwei oder drei kreisfreie Städte gebe. Als denkbar gilt immer noch, dass auf das alte rot-grüne Modell zurückgegriffen wird. Danach war geplant, fünf Großkreise zu schaffen sowie Kiel und Lübeck als selbständige Einheiten zu erhalten. Der Kieler CDU-Kreisvorsitzende Thomas Stritzl hatte gefordert, dass man in diesem Fall eine Gemeindegebietsreform erwägen müsse, durch die Umlandgemeinden der Landeshauptstadt zugeordnet würden. Sonst habe Kiel keine Entwicklungsperspektive. Der Innenminister ließ dies offen und sagte, „Denkverbote“ dürfe es nicht geben. Ab-

weichend von dem Kurs Stegners soll im Rahmen der Kreisreform nicht nur die Direktwahl der Landräte, sondern auch der Oberbürgermeister in den bisherigen kreisfreien Städten abgeschafft werden. In einem anderen Punkt ist die Landesregierung schon weiter: Sie hat das zweite Verwaltungsstrukturreformgesetz auf den parlamentarischen Weg gebracht, das schon zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten soll und mit dem die Phase freiwilliger Verwaltungszusammenschlüsse beendet wird. Darin sei verbindlich festgeschrieben, dass hauptamtlich verwaltete Gemeinden mindestens 8000 Einwohner betreuen sollen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Kreisgebiets-

reform forderte Stegner die Kommunalpolitiker dazu auf, Verwaltungen mit einer Einwohnerzahl zu bilden, die sogar deutlich über der Mindestgrenze liege. Nur große Verwaltungen könnten Aufgaben von den Kreisen übernehmen, sagte der Minister. In dem laufenden Fusionsprozess entstünden bereits Einheiten mit 20 000, 30 000 und sogar 40 000 Menschen. Deshalb sei eine Reform der Reform auch nicht notwendig. Stegner zeigte sich mit der erreichten Zahl der Zusammenschlüsse sehr zufrieden. Es würden mehr als 60 Verwaltungen eingespart. Und es gebe nur noch eine Handvoll Problemfälle. Dazu zählen Klausdorf/Raisdorf, Nortorf/Nortorf-Land sowie Lütjenburg/Lütjenburg-Land.

Kieler Nachrichten, 28.09.2006, S. 17